

Berlin, Freitag,

den 14. März 1902.

Berliner Börsen-Beitung.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal.

Bezugs-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Beschwerden werden angenommen für Frankreich bei Aug. Kammert in Straßburg i. G., für England bei Aug. Egle in London, 30 Rine Street E. C., sowie bei G. C. G. in London, 19 Grenham Street E. C.

Bestellungen werden angenommen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Mit besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Zeichnungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Seite 40 Pf. Reclamezeit 50 Pf.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W. 8., Kronenstrasse Nr. 37.

Fernsprecher:

Ant I. Nr. 243.

Randglossen zu den parlamentarischen Verhandlungen.

Der Reichstag hat Osterferien gemacht, der größte Theil seiner diesjährigen Tagung liegt hinter uns. Man kann indessen nicht behaupten, daß die Verhandlungen einen erheblichen Eindruck machten, die gegenwärtige Ansicht dürfte vielmehr ziemlich allgemeine Zustimmung finden. Das Verhalten mancher Abgeordneten verleiht einen Mangel an Rücksicht auf ihre Kollegen sowohl wie auf den Zweck der parlamentarischen Arbeit. Mangel an Rücksicht auf die Kollegen befindet ein Abgeordneter, der sich in langen Erörterungen ergeht, ohne dadurch zur Klärung der Ansichten und zur Förderung der Verhandlungen etwas beizutragen.

Der Zweck der parlamentarischen Arbeit ist die rechtzeitige und sachliche Lösung der jeweilig vorliegenden gesetzgebenden Aufgaben. Mangel an Rücksicht auf diesen Zweck verrät es, wenn bei den Beratungen Dinge besprochen und Fragen erörtert werden, die zu dem eigentlichen Gegenstande nur in sehr loser oder in gar keiner Beziehung stehen. Wer im Parlamente das Wort ergreift, soll zur Sache sprechen. Das verlangt gründliche Vorbereitung und Sachkenntnis. Wenn es hieran mangelt, der behalte seine Weisheit für sich. Wie viel unnütziges Zeug wird z. B. bei den Etatsberatungen zusammen geredet! Und dann die endlosen Wiederholungen derselben Ansichten und Gedanken, wie wir sie bei den Beratungen im Reichstage und in der Commission erleben!

Mit Recht dringt man auf Abstellung dieser Mißstände. Als Abhilfsmittel gegen die Rücksichtslosigkeit langanhaltiger Dauerreden hat die „Köllnische Ztg.“ vorgeschlagen, daß das Haus vom Präsidenten befragt werden müsse, ob es die Fortsetzung einer Rede zulassen will, nachdem ein Redner eine halbe Stunde gesprochen hat. Diefem Vorschlage können wir nur zustimmen. Das Ansehen der Volksvertretung leidet vornehmlich durch diese Dauerreden, die sich in ewigen Wiederholungen bewegen, vom Hundertsten ins Tausendste kommen, wie man zu sagen pflegt, und meist einen übermäßigen Mangel an Gedanken und Sachkenntnis verrathen. Hier muß Wandel geschaffen werden.

Der Vorschlag der „Köllnischen Ztg.“ ist übrigens nicht neu. Seine Annahme würde indess eine praktische Wirkung nur haben, wenn sie mit einer Herabsetzung der Wechselschlagszahl für diesen Fall verbunden wäre. Diese müßte auf die Mehrheit der jeweilig anwesenden Mitglieder beschränkt werden.

Um die raschere Erledigung der parlamentarischen Arbeiten zu fördern, wäre aber wohl noch Anderes in Erwägung zu ziehen. Der Schwerpunkt der Arbeiten muß mehr als bisher in das Plenum statt in die Commissionen verlegt werden. Das wichtige Gesetzesvorlagen der Commissionsberatung unterworfen werden müssen, ist selbstverständlich. Aber stets den ganzen Etat den Budgetcommissionen zu überweisen, ist doch wohl nicht notwendig. Es wird dort in der Regel nur alles das noch einmal breit getreten, was bei den ersten Beratungen im Plenum bereits zur Genüge erörtert worden ist. Aus umfangreichen Gesetzesentwürfen, wie z. B. aus der Zolltarifvorlage, lassen sich auch recht gut manche Stücke ausscheiden, die ohne Commissionsberatung erledigt werden können. Vor Allem muß aber auch für die Commissionen eine Beschränkung der den einzelnen Mitgliedern zu gestattenden Redezeit angeordnet werden. Die Vorgänge bei der Beratung der Canalvorlage in der Commission des Preussischen Abgeordnetenhauses und jetzt bei der Beratung der Zolltarifvorlage in der Reichstags-

commission begründen diese Forderung zur Genüge. Bieleicht wäre auch in Bezug auf die Stellung von Anträgen zu erwägen, ob sich hier nicht im Wege der Geschäftsordnung Mißbräuchen vorbeugen ließe.

Telegramme.

Wien, 13. März. (C. T. C.) Die Kaiserin traf in Begleitung der Prinzen August Wilhelm und Oskar um 2 Uhr 15 Minuten mittels Sonderzuges von Wien hier ein.

Wien, 13. März. (C. T. C.) Die Kaiserin ist heute Nachmittag 3 Uhr mit Sonderzug nach Wien abgereist. Die kaiserlichen Prinzen kehrten kurz darauf mit dem schmalspurnigen Zuge nach Wien zurück.

Wien, 13. März. (C. T. C.) Das Schloß „Charlotte“ ist mit Prinz Adalbert an Bord heute Nachmittag hier eingelaufen und hat im Binnenhafen festgemacht.

Wien, 13. März. (C. T. C.) Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten Debatte über das Budget der Landesvertheidigung erklärt der Abg. Soos, die Erbsen seien keineswegs Feinde einer richtigen Armee. Aber die Grundfrage einer richtigen Armee sei die Zufriedenheit der Wähler. Die Regierung habe aber nicht einmal den Muth, gegen die Ausweisung lausicher Staatsbürger aus einem befreundeten Staat aufzutreten, sie halte an dem Wahne fest, daß Oesterreich eine Deutsche Mission habe, und verfolge, daß Oesterreich ein Völkerstaat sei. Unter der gegenwärtigen Heeresleitung werde die Armee nicht zur entsprechenden Tüchtigkeit gelangen. Redner bringt dann eine Reihe von Beschwerden vor und findet es sonderbar, daß die Grenze gegen Rußland, welches nie gegen Oesterreich Krieg geführt habe, nicht besetzt sei, während an der böhmisch-bairischen Grenze sich keine Festung befinde. Redners Partei sei keine Feindin Oesterreichs, sondern nur Feindin eines Deutschen Oesterreichs, das ihre Ehre internationalisiere.

Kopenhagen, 13. März. (C. T. C.) Der Feste-thing, welcher sich in mehreren, nicht öffentlichen Sitzungen über die Abtretung der Dänisch-Norwegischen Inseln schlichtig gemacht hatte, hielt heute in dieser Angelegenheit die erste öffentliche Sitzung ab. Anders Nielsen (Linke) führte aus, Dänemarks Recht, seinen Platz in der Reihe der Nationen zu behaupten, beruhe auf ganz anderen Bedingungen, als auf dem Besitz der Dänisch-Norwegischen Inseln. Im Namen einer großen Mehrheit des Feste-thing empfahl er die Annahme des Vorschlages, in der Hoffnung, daß die Inseln unter dem Schutze einer großen Macht einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Nielsen (Linke) beantragte, eine Abstimmung unter den Bemühungen der Inseln vorzunehmen. Bierre (Linke) sprach gegen die Abtretung, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Inseln vornehmlich sich jetzt besser stellen würden. Der Minister des Auswärtigen Demser hob hervor, der Zweck des Vertrages sei nicht der Verkauf, sondern der Uebergang der Inseln an Amerika, wo sie eine ganz andere und zwar bessere Stellung als jetzt erwerben würden; Dänemark erhalte nämlich nur Ersatz seiner Verpflichtungen; Amerika habe während der Verhandlungen die größte Loyalität gezeigt. Bierre gegenüber erklärte der Minister, in der Politik gelten nicht Hoffnungen, sondern Facta. Dänemärich (Rechte) sprach gegen die Abtretung, welche im Auslande als Skandal-erklärung Dänemarks aufgefaßt würde. Anders Nielsen protestirte gegen die Aeußerung Dänemärichs.

Madrid, 13. März. (C. T. C.) In dem heute Vormittag abgehaltenen Ministerrathe theilte der Finanzpräsident Sagasta mit, daß die Demission des Finanzministers Ariza unumwiderruflich sei. Die übrigen Minister beschloßen ebenfalls zurückzutreten, um ihr den Verlust des Cabinets mitzutheilen.

Madrid, 13. März. (C. T. C.) Sagasta hat den Vorschlag der Königin, ein neues Cabinet unter Herranzung der liberalen Dissidenten zu bilden, abgelehnt und erklärt, er könne nur ein rein liberales Ministerium aufstellen. Die Königin erwiderte, sie werde sich mit dem Präsidenten des Senats und der Kammer besprechen.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Antliche Nachrichten.

Der Kaiser hat den bisherigen Preussischen Landrath von Puttkamer in Stolberg zum Kaiserlichen Regierungsrath und den Regierungsrath Dr. Böhmer in Straßburg zum Kaiserlichen Kreisdirector in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt. Der Regierungsrath von Puttkamer ist dem Bezirks-Präsidenten in Metz überwiesen und dem Kreisdirector Dr. Böhmer die Kreisdirectorstelle in Saar-gemünd übertragen worden.

Der König hat den Militär-Oberpfarrer Coloppe in Breslau zugleich zum Consistorialrath und Mitglied des Consistoriums der Provinz Schlesien im Nebenamt ernannt.

Der König hat den Seminar-Directoren Heinrich Eckert zu Cammin, Erich Tismer zu Danabüll, Kaspar Log zu Dillenburg und Dr. Johannes Schmitz zu Cornelmünster den Charakter als Schulrath mit dem Range eines Raths vierter Klasse, den Professoren an Landwirtschaftsschulen Dr. Heyde in Heiligenbeil, von Antum und Dr. Faunstiel in Schwelben, Dr. Kante und Garbe in Saunter den Rang der Raths vierter Klasse verliehen, sowie der Wahl des Oberlehrers am Askanischen Gymnasium in Berlin, Professors Dr. Trendelenburg zum Director des Friedrichs-Gymnasiums hierseits die Befähigung ertheilt.

Der bisherige Gymnasial-Oberlehrer Eugen Runke aus Trier ist zum Kreis-Schulinspector ernannt worden.

Die Oberförsterstelle Rennerod im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. Mai 1902 anderweitig zu besetzen.

Politische Nachrichten.

Berlin, 14. März.

Ueber die nächsten Reise-Dispositionen des Kronprinzen, der sich gegenwärtig in der Schweiz aufhält, erfahren wir folgendes: Der Kronprinz trifft am 18. d. M. 9 1/2 Uhr Abends in Bamberg ein und wird am Bahnhof von dem Prinzen Rupprecht von Bayern und dem Bürgermeister v. Brandt empfangen. Alsdann begibt sich der Kronprinz nach der königlichen Residenz als Gast des Prinzen und der Prinzessin Rupprecht. Am 19. d. M. wird er die Ehrengastlichkeiten der Stadt besichtigen und ein Dinner im Officier-Casino des 1. Ulanen-Regiments, bei dem er à la suite steht, einnehmen. Abends findet bei der Residenz größere Hofstafel statt, zu welcher bereits zahlreiche Einladungen ergangen sind. Am 20. dieses Monats trifft der Kronprinz zum Besuche des Großherzogs Wilhelm Ernst in Weimar ein. Der Kronprinz wird zunächst die Wartburg besuchen und im Aufschluß hierauf nach Weimar weiterziehen, wo er sich direkt vom Bahnhof nach dem Goethe-Nationalmuseum und später nach dem Großherzoglichen Schlosse begibt. Am Abend findet Festvorstellung im Hof-Theater statt. Am anderen Morgen, 21. d. Mts., gedenkt der Kronprinz von Weimar die Bildreise nach Berlin anzutreten, womit die Studienreise ihr Ende erreicht haben dürfte. Bemerkenswert sei noch, daß der Kronprinz auf seiner gegenwärtigen Reise mit einem photographischen Apparat ausgerüstet ist, um sich bei passenden Gelegenheiten als Amateurphotograph zu betheiligen, in welchem Fache der Kronprinz von seiner hohen Mutter, einer vollendeten Amateurphotographin, unterrichtet worden ist.

Der Staatssecretär für Elsaß-Lothringen v. Köller hat in der letzten Sitzung des Landesausschusses Veranlassung genommen, sich gegen einige Beschuldigungen zu vertheidigen. So war u. A. behauptet worden, er habe in Verbindung mit einer Warnung vor übermäßigem Birthesbesuche die Kriegervereine ermahnt, nicht auf das Niveau von Turn- und Sportvereinen herabzusinken, habe aber später im fernographischen Bericht diese Bemerkung gestrichen. Auf diese Vorwürfe erwiderte der Staatssecretär: Seine ganze Vergangenheit biete Gewähr dafür, daß er nur mit Gerechtigkeit seine Entscheidungen treffen werde, von ihm aus werde nichts ausgehen, was gegen Gesetz und Recht verstoße. Er sei von der Presse Elsaß-Lothringens anlässlich seiner Berufung als Staatssecretär nicht sehr warm begrüßt worden. Er habe aus den Kritiken schon viel gelernt. Die Presse könne über ihn schreiben, was sie wolle, er werde nie einen